

Zustand von Zensur und Pressefreiheit im Westen | Teil 1

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Taylor Hudak (TH): Der Kampf um den Zugang zu wahrheitsgemäßen Informationen ist einer der wichtigsten Anliegen der modernen Zeit. Journalisten und Aktivisten auf der ganzen Welt sind weiterhin von Verfolgungen bedroht. Unterdessen zensieren und unterdrücken Online-Plattformen, die eigentlich ein Ort der freien Meinungsäußerung sein sollten, weiterhin abweichende Meinungen. Ich bin Journalistin Taylor Hudak und berichte für acTVism Munich. In dieser zweiteiligen Serie werden wir uns mit dem Stand der Redefreiheit, der Pressefreiheit und der Zensur in den Sozialen Medien befassen und die neuesten Berichte aus der ganzen Welt zu diesem zentralen Thema behandeln. Während der Krieg in Gaza andauert, hat er fast jeden Lebensbereich der Menschen in der Region erschüttert, wobei Journalisten, die über den Konflikt berichten, täglich großer Gefahr ausgesetzt sind. Der amerikanische Journalist Jeremy Loffredo von The Grayzone, der über den Krieg vor Ort berichtete, wurde am 8. Oktober verhaftet, nachdem er mit drei anderen Journalisten an einem Kontrollpunkt im nördlichen Westjordanland angehalten worden war. Jeremy und die anderen wurden durchsucht, ihre Geräte wurden beschlagnahmt und gehackt. Nach einer Stunde am Kontrollpunkt wurde Jeremy über seine Verhaftung informiert und dann mit verbundenen Augen und in Handschellen auf eine Polizeistation gebracht. Dort wurde er einem weiteren Polizeiverhör unterzogen. Jeremys Kollegen wurden schließlich freigelassen. Gegen ihn wurde jedoch wegen des Verdachts der Unterstützung des Feindes in Kriegszeiten ermittelt, eine Anklage, die eine lebenslange Haftstrafe oder sogar die Todesstrafe nach sich ziehen kann. Die Anschuldigungen gehen auf seine Berichterstattung über die Folgen der iranischen Raketenangriffe auf israelische Militärziele zurück.

Jeremy Loffredo (JL): Ich bin Jeremy Loffredo für The Grayzone in Israel, wo der Iran gestern Abend über 200 ballistische Raketen als Vergeltung für die Ermordung der libanesischen und iranischen politischen und militärischen Führung abgefeuert hat. Seit den Raketenangriffen haben die israelischen Behörden versucht, die Bedeutung der Angriffe herunterzuspielen, die Standorte der Raketeneinschläge für die Medien zu zensieren und zu behaupten, der Iran habe israelische Zivilisten ins Visier genommen.

TH: Laut The Grayzone gab die israelische Polizei an, dass Jeremy die Standorte von Raketenabwürfen in der Nähe oder innerhalb sensibler Sicherheitseinrichtungen preisgegeben habe, um den Feind darauf aufmerksam zu machen und ihm so bei seinen zukünftigen Angriffen zu helfen. Nach dem Verhör durch die Polizei wurde Jeremy in ein Gefängnis gebracht und drei Tage lang in Einzelhaft mit wenig Nahrung und Wasser festgehalten. Während seiner mehrtägigen Haft forderten Menschenrechtsgruppen, darunter die Courage Foundation, die Freedom of the Press Foundation und Defending Rights and Dissent, die US-Botschaft in Jerusalem auf, sich für Jeremy als US-Bürger und Journalist einzusetzen. In einem Brief an die Botschaft hieß es: „Jeremy Loffredos Handlungen lagen im Rahmen des journalistischen Standards und wären in den Vereinigten Staaten durch den Ersten Verfassungszusatz geschützt gewesen. Israel hat ein antidemokratisches Regime der Militärzensur gegen israelische und internationale Journalisten verhängt.“ Nach einer Reihe kurzer Gerichtsverhandlungen während Jeremys Haft kam es zu einer Wende, als ein israelischer Journalist aussagte, dass sein Bericht über Jeremys Fall, der von der israelischen Militärzensur genehmigt worden war, Jeremys Video enthielt, aufgrund dessen gegen ihn ermittelt wurde. Am 11. Oktober ordnete ein Richter am Bezirksgericht Jerusalem aufgrund dieses Eingeständnisses Jeremys Freilassung an, da die von Jeremy gemeldeten Informationen auch in anderen Medien ausführlich behandelt wurden. Derselbe Richter erlaubte der Polizei jedoch, ihre Ermittlungen bis zum 20. Oktober fortzusetzen. Während dieser Zeit wurde Jeremy befohlen, im Land zu bleiben, wobei ihm seine Pässe und Geräte vorenthalten wurden. Die Ermittler verhörten ihn weiterhin mehrmals und führten eine digitale Leibbesichtigung seiner Geräte durch. Jeremy konnte schließlich Israel verlassen und in die USA zurückkehren. Seitdem hat er in einem Livestream auf The Grayzone weitere Einzelheiten über seine Festnahme, seine Inhaftierung und die Behandlung durch die israelischen Behörden mitgeteilt.

JL: Nachdem ich vielleicht eine Stunde lang vor diesem Militärkontrollpunkt in Nablus auf dem Boden in der Sonne gesessen hatte, zeigen sie auf mich und sagen: „Loffredo, komm her“. Ich stehe auf und frage: „Was ist los?“ Sie sagen: „Sie sind verhaftet“, und sie ziehen ein etwa 9 Meter langes Stück Stoff hervor und wickeln es um meinen Kopf, meine Augen, meine Ohren und einen Teil meiner Nase. Sie fesseln meine Hände mit Kabelbindern und meine Beine mit Fußfesseln. Einer der Journalisten, mit denen ich unterwegs war, weigerte sich, sein Handy herauszugeben, woraufhin er am Hals gepackt, aus dem Auto gezerrt und mit vorgehaltener Waffe zu Boden gedrückt wurde. Und das ist einfach ein israelischer Staatsbürger, ein Journalist, der mit mir im Auto saß.

TH: Jeremy beschreibt anschließend seine Inhaftierung in einem Komplex, in dem häufig palästinensische Gefangene festgehalten werden.

JL: Ich bekam über einen Zeitraum von drei Tagen eine Tasse Schokoladenpudding. Das war alles, was ich zu essen erhielt. Und ich bekam während dieser drei Tage vielleicht ein oder zwei winzige Plastikbecher Wasser. Ich bat um mehr Wasser. Sie taten so, als hätten sie mich nicht gehört. Ich bat um Wasser und erhielt dann nur ein Nein als Antwort. Manchmal fragte

ich einfach nach der Uhrzeit. Ich fragte einen Wächter, wie spät es sei, weil ich nicht wusste, wie viel Uhr es war, weil die Zeit auf so seltsame Weise verging und ich in Einzelhaft war.

TH: Sie fragen sich vielleicht: Wo waren die Vereinigten Staaten während all dem und was wurde getan, um einem amerikanischen Journalisten zu helfen, der aufgrund seiner Berichterstattung in einem fremden Land inhaftiert war?

JL: Die Botschaft hat angeblich eine Sozialarbeiterin geschickt, um sich nach mir zu erkundigen.

Max Blumenthal: Die US-Botschaft?

JL: Ja. Ihre erste Frage war: „Warum haben Sie Israel geschadet? Sie haben Israel geschadet.“ Und ich dachte nur: Oh, mein Gott ... Oh, die Person, die hier ist, um nach mir zu sehen, beschimpft mich, weil sie den Zettel vor meiner Zelle sieht, der besagt, dass ich dem Feind während des Krieges Informationen gegeben habe. Also behandelt mich sogar die Sozialarbeiterin, die anscheinend eine Israelin ist, aber von der Botschaft geschickt wurde, um nach mir zu sehen, wie einen Terroristen. Sie hat mir kein Essen angeboten, mir kein Wasser angeboten, sondern nur gefragt, warum ich Israel schade und ob ich Israel liebe.

TH: Jeremy bestätigte, dass dies die einzige sogenannte Unterstützung war, die er von der US-Botschaft erhielt. Und selbst als er Israel verließ, wurde er am Flughafen weiteren Verhören unterzogen, konnte aber schließlich in die USA zurückkehren. In einer auf X veröffentlichten Stellungnahme zu Jeremys Verhaftung sagte Max Blumenthal: „Jeremys Verfolgung wegen der Veröffentlichung von Faktenjournalismus spiegelt die paranoide Haltung eines israelischen Staates wider, der kritische Berichterstattung im besetzten Westjordanland und im belagerten Gazastreifen rücksichtslos unterdrückt und dort in etwas mehr als einem Jahr mehr als 120 palästinensische Journalisten getötet hat, was ihn zum tödlichsten Konflikt für Medienschaffende im 21. Jahrhundert macht.“ Neben dem amerikanischen Journalisten Jeremy Loffredo mussten auch Journalisten in Großbritannien, Australien und anderswo aufgrund ihrer Online-Beiträge ernsthafte Vergeltungsmaßnahmen hinnehmen. Die britischen Journalisten Richard Medhurst, Asa Winstanley und Sarah Wilkinson wurden aufgrund ihrer Online-Äußerungen zum Krieg in Gaza eingeschüchert, unter anderem durch Razzien und Verhöre im Rahmen der britischen Anti-Terror-Gesetze. Und in Australien sieht sich die ehemalige SBS-Moderatorin und Journalistin Mary Kostakidis ebenfalls Anklagen aufgrund ihrer Online-Beiträge zum Krieg in Gaza gegenüber. Die Zionistische Föderation Australiens reichte bei der Menschenrechtskommission eine Beschwerde gegen sie ein, woraufhin sie gemäß Abschnitt 18 C des australischen Gesetzes gegen Rassendiskriminierung angeklagt wurde. In einem kürzlich von der australischen Journalistin verfassten Artikel führte sie aus, dass die Beschwerde gegen sie auf einem Beitrag über eine Rede von Nasrallah, dem inzwischen ermordeten ehemaligen Chef der Hisbollah, basiert. Ihr Beitrag enthielt einen Kommentar, in dem auf die Gefahr einer Eskalation der Gewalt hingewiesen wurde und dass Nasrallahs Drohungen die Handlungen Netanjahus gegenüber den Palästinensern widerspiegeln und dass Netanjahu etwas begonnen habe, das er möglicherweise nicht beenden könne. In Marys Artikel fährt sie fort:

„In Australien gibt es keinen verfassungsrechtlichen oder gesetzlichen Schutz für die freie Meinungsäußerung. Die Bestimmung 18 C des Rassendiskriminierungsgesetzes über Hassreden machte Beleidigungen und Vergehen zu einem Test für Gesetzesverstöße.“ Daher könnte aufgrund der mutmaßlichen Straftat der Beleidigung, die durch Marys Online-Post entstanden sein könnte, ein Gerichtsverfahren eingeleitet werden, das wahrscheinlich bis zum obersten Gericht Australiens geht.

Betrachten wir nun das harte Vorgehen gegen Plattformen der Sozialen Medien und ihre Eigentümer. In den letzten Monaten deuten kühne Anschuldigungen gegen die verschiedenen Plattformen auf einen gemeinsamen Trend bei der Regulierung des Bereichs der Sozialen Medien hin. Und wir werden dieses Thema in Teil zwei in der Tat ausführlicher behandeln. Aber zunächst wollen wir drei konkrete Fälle von Zensur in den Sozialen Medien untersuchen, beginnend mit Telegram. Die beliebte Messaging-App Telegram wird von den französischen Behörden nach der Verhaftung des CEO der Plattform, Pavel Durov, am 24. August dieses Jahres, derzeit geprüft. Durov wurde von der französischen Polizei verhaftet und inhaftiert, nachdem er am Flughafen Le Bourget im Großraum Paris angekommen war. Die Verhaftung steht im Zusammenhang mit einer gerichtlichen Untersuchung, die am 8. Juli eingeleitet wurde. Laut einer Pressemitteilung der Pariser Staatsanwaltschaft ging es bei den Ermittlungen um mehrere Anklagepunkte im Zusammenhang mit der Beihilfe zur Ermöglichung illegaler Online-Transaktionen, der Weigerung, auf behördliche Anfragen zu reagieren, der Beihilfe zur Verbreitung von Missbrauchsmaterial, Anklagepunkten im Zusammenhang mit Kryptologie und mehr. Nach seiner Festnahme wurde Durov vier Tage lang verhört. Am 28. August wurde er schließlich gegen eine Kaution von 5 Millionen Euro freigelassen. Er wurde in sechs Fällen wegen krimineller Aktivitäten in der Telegram-App angeklagt und musste im Land verbleiben. In einem französischen Verwaltungsdokument, das Politico exklusiv zur Verfügung gestellt wurde, heißt es: „Die Haftbefehle wurden erlassen, nachdem die Messaging-Plattform auf ein früheres richterliches Ersuchen zur Identifizierung eines Telegram-Nutzers nicht reagiert hatte.“ In dem Dokument wurde auch die mangelnde Zusammenarbeit von Telegram mit französischen und europäischen Behörden in anderen Fällen hervorgehoben. Die Verhaftung von Pavel Durov löste bei Befürwortern der Meinungsfreiheit und des freien Internets Empörung aus. Sie warf die Frage auf, welchen Präzedenzfall diese Strafverfolgung schaffen könnte. Viele fragten sich, wie der CEO einer Social-Media-Plattform für Verbrechen zur Rechenschaft gezogen oder als mitschuldig an Verbrechen angesehen werden kann, die auf der Plattform begangen wurden, die er aber selbst nicht begangen hat. Nach Angaben der Behörden steht im Mittelpunkt dieser Untersuchung das Fehlen von Moderationspraktiken bei Telegram, die angeblich kriminellen Aktivitäten auf der Plattform begünstigt haben. Telegram wird seit langem vorgeworfen, sich zu weigern, Anfragen von Strafverfolgungsbehörden nach Benutzerdaten nachzukommen, sodass dies nicht das erste Mal war, dass Durov und seine Plattform Telegram Gegenstand von Kontroversen waren. Pavel Durovs Engagement in den Sozialen Medien reicht bis ins Jahr 2006 zurück, als er die beliebte russische Soziale-Medien-Plattform VK mitbegründete. Nach Konflikten mit den russischen Behörden im Zusammenhang mit seiner Weigerung, Benutzerdaten herauszugeben, verkaufte Durov jedoch schließlich seinen Anteil an dem Unternehmen. Etwa zu dieser Zeit im Jahr 2013 gründeten Durov und sein Bruder dann ein

neues soziales Medienunternehmen, Telegram. Als Grund für die Gründung von Telegram nannte Durov die Notwendigkeit einer sicheren Plattform, die die Privatsphäre der Nutzer schützt.

Pavel Durov: Und mir wurde klar, dass es keine sichere Kommunikationsmethode gibt. Ich erkannte, dass ich mit meinem Bruder kommunizieren und unsere Vorhaben koordinieren wollte, aber alle Kommunikationsmittel, die ich verwenden konnte, waren nicht wirklich sicher und nicht verschlüsselt. Es war nicht sicher, sie zu verwenden, also dachte ich: Hmm, es könnte eine gute Idee sein, tatsächlich eine anständig verschlüsselte Messaging-App zu entwickeln. Und mein Bruder, der ein Genie ist, konnte diesen Verschlüsselungsstandard entwickeln, den wir bis heute mit geringfügigen Änderungen verwenden.

TH: Im Jahr 2014 verließ Durov Russland und wanderte in die Vereinigten Arabischen Emirate aus, wo er schließlich die Staatsbürgerschaft erhielt. Der Leiter des russischen Sicherheitsrats, Dmitri Medwedew, ebenfalls ehemaliger Präsident Russlands, führte an, Durov habe bei seiner Flucht aus dem Land eine Fehleinschätzung getroffen, da er dachte, er müsse nicht mit den Sicherheitsdiensten im Ausland zusammenarbeiten. Und die Nichtzusammenarbeit mit den Behörden war in der Tat einer der Gründe für Durovs Verhaftung in Frankreich. Durov erwarb in den darauffolgenden Jahren auch die Staatsbürgerschaft von St. Kitts und Nevis und sogar die französische Staatsbürgerschaft. In dieser Zeit florierte Telegram weiter und bis 2020 hatte die Plattform mehr als 400 Millionen aktive monatliche Nutzer. Gleichzeitig wurde die App jedoch zum Ziel mehrerer Regierungen. Im Jahr 2022 nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine wurde der Druck auf Telegram noch extremer. Mehrere Regierungen im Westen betrachteten die Plattform als Drehscheibe für sogenannte russische Desinformation, was interessant ist, da Durov einst einen Streit mit den russischen Behörden führte und Telegram auch die EU-Richtlinien einhielt, die den Zugang zu RT, Sputnik und anderen russischen Medien in der Union im Jahr 2022 verboten. In den letzten zwei Jahren wurde die Plattform in bestimmten EU-Mitgliedstaaten oder Schengen-Ländern einer Reihe von Beschränkungen und Verboten unterworfen. Im März 2023 verbot das norwegische Justizministerium Regierungsangestellten das Herunterladen oder Installieren der Telegram-App auf ihren Arbeitsgeräten und begründete dies mit der russischen Herkunft der Plattform. Ein Jahr später, im März 2024, ordnete ein spanisches Gericht an, dass die Mobilfunkanbieter des Landes den Zugang zu Telegram sperren sollten, um Vorwürfen von Urheberrechtsverletzungen nachzugehen. Das Urteil wurde jedoch schließlich aufgehoben. Und in den Niederlanden erließ die Stadtverwaltung von Amsterdam nur wenige Tage vor der Verhaftung von Durov aus Sicherheitsgründen ein Verbot der App auf den Diensttelefonen der städtischen Angestellten. Einige Wochen nach der Verhaftung und Freilassung von Durov aus der Haft kündigte Telegram eine Reihe von Änderungen seiner Datenschutzrichtlinie und Nutzungsbedingungen an, um kriminelle Aktivitäten auf der Plattform zu unterbinden. In einer Erklärung, die am 23. September auf dem offiziellen Telegram-Kanal von Pavel Durov veröffentlicht wurde, kündigte er an: „Ein engagiertes Team von Moderatoren, das KI einsetzt, hat die Suche auf Telegram viel sicherer gemacht. Alle problematischen Inhalte, die wir bei der Suche identifiziert haben, sind nicht mehr zugänglich.“ Darüber hinaus enthielt

der Beitrag die Information, dass die IP-Adressen und Telefonnummern von Benutzern, die gegen die Regeln verstoßen, den zuständigen Behörden auf gültige rechtliche Anfragen hin zur Verfügung gestellt werden. Am 2. Oktober veröffentlichte Durov eine weitere Erklärung in seinem Konto, um Missverständnisse über diesen früheren Beitrag zu klären und auf Änderungen an der Plattform hinzuweisen. Darin heißt es unter anderem: „Um Verwirrung zu vermeiden, haben wir letzte Woche unsere Datenschutzrichtlinien in den verschiedenen Ländern vereinheitlicht und vereinfacht, aber unsere Grundprinzipien haben sich nicht geändert. Wir haben uns stets bemüht, die geltenden lokalen Gesetze einzuhalten, zumal sie nicht gegen unsere Werte Freiheit und Privatsphäre verstoßen.“ Durov versichert weiter: „Telegram wurde entwickelt, um Aktivisten und normale Menschen vor korrupten Regierungen und Unternehmen zu schützen. Wir erlauben Kriminellen nicht, unsere Plattform zu missbrauchen oder sich der Justiz zu entziehen.“ Die Ermittlungen gegen Durov in Frankreich dauern noch an, und es ist wichtig festzuhalten, dass Ermittlungen in Frankreich nicht unbedingt Schuld oder Unschuld implizieren und Jahre dauern können, bevor es zu einem Prozess oder Abschluss kommt. Doch die Verhaftung von Durov Ende August scheint einen Dominoeffekt gehabt zu haben. Mitte Oktober gaben die niederländische Staatsanwaltschaft und die Polizei bekannt, dass sie die mangelnde Kooperation von Telegram bei Anfragen der Strafverfolgungsbehörden zur Entfernung bestimmter Inhalte untersuchen. Und während sich die Angelegenheit um Telegram weiterentwickelt, wirft der gesamte Fall Fragen über das Schicksal anderer beliebter Social-Media-Plattformen auf. Nehmen wir zum Beispiel X, ehemals Twitter, das in Brasilien eigene Probleme hatte. Vom 31. August bis zum 8. Oktober dieses Jahres war X in Brasilien verboten, weil das Unternehmen gerichtlichen Anordnungen nicht nachgekommen war und sich geweigert hatte, einen brasilianischen Vertreter des Unternehmens zu ernennen. Am 30. August erließ Richter Alexandre de Moraes eine gerichtliche Anordnung, die die sofortige Aussetzung von X verlangte, solange die Plattform nicht allen gerichtlichen Anordnungen nachgekommen war, einschließlich der Zahlung aller Geldstrafen und der Ernennung eines Vertreters des Unternehmens. Die Beschränkungen galten jedoch nicht nur für die Plattform selbst. Der in Brasilien ansässige Journalist Glenn Greenwald sagte über das Verbot, der schockierendste Teil sei, dass der autoritäre Zensurrichter Brasiliens, Alexandre de Moraes, auch ein neues Gesetz erlassen habe, das jedem, der ein VPN für den Zugriff auf X verwendet, eine Strafe von 10.000 \$ pro Tag auferlegt. Das bedeutete also, dass jede Person oder jedes Unternehmen, das über ein VPN auf die X-Plattform zugreift, mit einer täglichen Geldstrafe von 50.000 brasilianischen Real oder 8.000 € rechnen muss. Nach dem Verbot postete Musk auf X, dass Brasilien „die wichtigste Quelle für die Wahrheit“ stillege. Und: „Das repressive Regime in Brasilien hat solche Angst davor, dass die Menschen die Wahrheit erfahren, dass es jeden in den Ruin treibt, der es versucht.“ Seit mehreren Monaten lag Musk im Streit mit Justizminister De Moraes, der Ende August die Anordnung zum Verbot der Plattform erließ. Im April wurde Musk von de Moraes angewiesen, Konten zu entfernen, die Gegenstand einer Untersuchung wegen der Verbreitung von Desinformationen im Zusammenhang mit den brasilianischen Wahlen 2022 waren. Musk weigerte sich, der Anordnung nachzukommen und wurde daraufhin ebenfalls in diese Untersuchung einbezogen. Die brasilianischen Behörden haben X zudem beschuldigt, die Verbreitung von Desinformationen zuzulassen, und behaupten, dass die auf der Plattform geteilten Inhalte

teilweise für die Unruhen im Januar 2023 verantwortlich seien. Am 17. August, kurz vor dem Verbot, kündigte Musk an, X werde seinen Hauptsitz in Brasilien aufgrund dieser unangemessenen Zensurforderungen aufgeben. Die Plattform blieb jedoch weiterhin im Land zugänglich, hatte jedoch keinen gesetzlichen Vertreter. Und Musk zögerte nicht, seine Ansichten über seine anhaltenden Streitigkeiten in Brasilien zu teilen, und bezeichnete Richter de Moraes sogar als Diktator. In einem anderen Beitrag sagte er: „Keine Frage, dass de Moraes gehen muss. Ein Richter, der wiederholt und in ungeheurer Weise gegen das Gesetz verstößt, ist überhaupt kein Richter“. Im September begann sich die Angelegenheit jedoch zu wandeln, als X begann, den Gerichtsbeschlüssen Folge zu leisten und eine Geldstrafe von 28 Millionen Real, etwa 4,5 Millionen Euro, zahlte. Die Plattform ernannte einen brasilianischen Vertreter des Unternehmens und sperrte die Konten, denen ein Verstoß gegen brasilianisches Recht vorgeworfen wurde. Daraufhin hob der Oberste Gerichtshof in Brasilien am 8. Oktober das Verbot für X auf und genehmigte die sofortige Wiederaufnahme der Plattformaktivitäten im Land. Die brasilianische Telekommunikationsaufsichtsbehörde Anatel wurde angewiesen, die Wiederaufnahme des Dienstes der Plattform innerhalb von 24 Stunden nach der Entscheidung sicherzustellen. Und heute ist die Plattform in Brasilien vollständig zugänglich. Laut einer Erklärung des STF, des brasilianischen Bundesgerichtshofs, betonte der Minister, dass die Wiederaufnahme der Aktivitäten ausschließlich von der vollständigen Einhaltung der brasilianischen Gesetzgebung und der absoluten Einhaltung der Entscheidungen einer Justizbehörde unter Achtung der nationalen Souveränität abhängig gemacht wurde. Als Reaktion auf die Wiederherstellung der Plattform postete X Global Government Affairs Account: „X ist stolz darauf, nach Brasilien zurückzukehren. Wir werden weiterhin die Meinungsfreiheit innerhalb der Grenzen des Gesetzes verteidigen, wo immer wir tätig sind.“ Der Journalist Glenn Greenwald warnte jedoch davor, dass die Wiedereinführung von X in Brasilien kein Sieg für die Meinungsfreiheit sei. Er sagte, dass X gezwungen war, sich allen Forderungen zu beugen, um seine Geschäftstätigkeit im Land wieder aufnehmen zu können, und dass dies in Wirklichkeit ein Sieg für die autoritären Zensoren sei.

Und auch in den Vereinigten Staaten droht der beliebten Videoplattform TikTok ein Verbot. Seit zwei Jahren steht TikTok unter intensiver Beobachtung von US-Politikern beider Seiten des politischen Spektrums. Doch in diesem Jahr hat sich die Situation verschärft, da das Justizministerium und TikTok in einen Rechtsstreit verwickelt sind, nachdem TikTok und sein Mutterunternehmen ByteDance die US-Regierung aufgrund eines neuen Gesetzes anklagten, das im April von Präsident Joe Biden unterzeichnet wurde. Das neue Entflechtungsgesetz verpflichtet TikToks Muttergesellschaft ByteDance, TikTok zu verkaufen, da die Plattform sonst landesweit verboten werden soll. Am 5. März dieses Jahres stellten zwei Mitglieder des Sonderausschusses des Repräsentantenhauses für die Kommunistische Partei Chinas den Gesetzesentwurf „Gesetz zum Schutz der Amerikaner vor von ausländischen Gegnern kontrollierten Anwendungen“ vor. Laut einer Pressemitteilung verhindert der Gesetzesentwurf die Verfügbarkeit von Webhosting-Diensten in den USA für von ByteDance kontrollierte Anwendungen, einschließlich TikTok, es sei denn, die Anwendung entflechtet die Verbindungen zu Unternehmen wie ByteDance, die der Kontrolle eines ausländischen Gegners unterliegen. Um es klar auszudrücken: ByteDance, dem TikTok

gehört, ist ein chinesisches Unternehmen. In der Pressemitteilung heißt es weiter: „Der Gesetzentwurf schafft ein Verfahren, mit dem der Präsident bestimmte, genau definierte Social-Media-Anwendungen, die der Kontrolle eines ausländischen Gegners unterliegen, gemäß Titel 10 als nationales Sicherheitsrisiko einstufen kann.“ Daher werden solche Anwendungen in den App-Stores und Webhosting-Diensten in den USA verboten, es sei denn, sie werden an Unternehmen verkauft, die nicht der Kontrolle eines ausländischen Gegners unterliegen. Am 13. März wurde der Gesetzesentwurf vom US-Repräsentantenhaus verabschiedet und im darauffolgenden Monat, am 20. April, wurde eine überarbeitete Version des Gesetzesentwurfs in ein 95 Milliarden Dollar schweres Militärlieferpaket für Israel, Taiwan und die Ukraine aufgenommen. Der offizielle Grund für die Aufnahme des Gesetzes in dieses Auslandshilfepaket war die Beschleunigung seiner Umsetzung. Nur wenige Tage später, am 23. April, verabschiedete der Senat diese geänderte Version des Gesetzes, die ByteDance mehr Zeit für den Verkauf von TikTok einräumte, aber auch die Kontrolle von ByteDance über den TikTok-Algorithmus einschränkte, dem ein Großteil des Erfolgs der Plattform zugeschrieben wird. Präsident Joe Biden unterzeichnete daraufhin das Gesetz, das ByteDance verpflichtet, TikTok bis zum 19. Januar 2025 zu verkaufen, oder das Unternehmen wird in den Vereinigten Staaten verboten. Nur wenige Wochen nach der Unterzeichnung des Gesetzes, am 7. Mai, verklagten TikTok und ByteDance die US-Regierung aufgrund des Gesetzes und behaupteten, es sei verfassungswidrig. In der Klageschrift heißt es: „Der Kongress hat den beispiellosen Schritt unternommen, TikTok, eine Online-Plattform, die von 170 Millionen Amerikanern genutzt wird, ausdrücklich zu verbieten. Zum ersten Mal in der Geschichte hat der Kongress ein Gesetz erlassen, das jeden Amerikaner daran hindert, an einer einzigartigen Online-Community mit mehr als einer Milliarde Menschen weltweit teilzunehmen.“ Die US-Regierung reichte eine Antwort auf die Klage ein, in der es heißt: „Die Möglichkeit für China, die Funktionen von TikTok zu nutzen, um sein übergeordnetes Ziel, die amerikanischen Interessen zu untergraben, zu erreichen, stellt eine Bedrohung der nationalen Sicherheit von immenser Tiefe und Tragweite dar.“ TikTok antwortete auf die Klage der US-Regierung mit: „Nichts in dieser Klageschrift ändert die Tatsache, dass die Verfassung auf unserer Seite ist. Das TikTok-Verbot würde die Stimmen von 170 Millionen Amerikanern zum Schweigen bringen und damit gegen den ersten Zusatzartikel der Verfassung verstoßen. Wie bereits erwähnt, hat die Regierung ihre Behauptungen nie bewiesen, auch nicht, als der Kongress dieses verfassungswidrige Gesetz verabschiedete“. Am 16. September trugen beide Parteien ihre Argumente vor einem Gremium aus drei Richtern am US-Berufungsgericht für den D.C. Circuit vor. Ein Anwalt von TikTok argumentierte, dass das im April unterzeichnete Gesetz eine Verletzung des im ersten Zusatzartikel der Verfassung verankerten Rechts auf freie Meinungsäußerung darstelle, dass es einen gefährlichen Präzedenzfall schaffe und eine Bedrohung für das offene Internet darstelle. Ein Anwalt des US-Justizministeriums argumentierte hingegen, dass das Gesetz im Interesse des Schutzes der nationalen Sicherheit der USA sei. Dies ist jedoch nicht das erste Mal, dass die US-Regierung versucht, die TikTok-Plattform vollständig zu verbieten. Im März 2023 schlug der US-Senat den Restrict Act vor, der Maßnahmen auf Bundesebene zur Identifizierung und Eindämmung ausländischer Bedrohungen für Informations- und Kommunikationstechnologie oder IKT-Produkte und -Dienstleistungen, z. B. Social-Media-Anwendungen, vorsieht. Insbesondere muss das Handelsministerium

Transaktionen mit IKT-Produkten und -Dienstleistungen, an denen ein ausländischer Gegner wie China ein Interesse hat und die ein unangemessenes oder inakzeptables Risiko für die nationale Sicherheit der USA oder die Sicherheit von US-Bürgern darstellen, identifizieren, abschrecken, behindern, unterbinden, verbieten, untersuchen und abschwächen. Der Restrict Act hat seit seiner Einführung keine Fortschritte im Gesetzgebungsverfahren gemacht, aber viele seiner Ziele ähneln dem neuen TikTok-Veräußerungsgesetz. Als der Restrict Act 2023 eingeführt wurde, wurde er von Mitgliedern des Kongresses sowie von Menschenrechts- und Bürgerrechtsgruppen heftig kritisiert. Ein leitender Rechtsberater der ACLU (American Civil Liberties Union) sagte: „Der Senatsentwurf“ – das ist der Restrict Act – „würde es dem Handelsminister letztlich ermöglichen, ganze Kommunikationsplattformen zu verbieten, was tiefgreifende Auswirkungen auf unser verfassungsmäßiges Recht auf freie Meinungsäußerung hätte.“ Die Foundation for Individual Rights and Freedom of Expression, kurz FIRE, betonte: „Der Restrict Act bedroht ein freies und offenes Internet. Er muss gestoppt werden“, und dass der Gesetzentwurf, der auf Apps abzielt, die ausländischen Gegnern angehören, weitreichende Folgen für die Meinungsfreiheit haben könnte. Angesichts der verschiedenen Versuche, TikTok zu verbieten, haben viele die Frage aufgeworfen, ob die US-Regierung die nationale Sicherheit und Datenschutzbedenken als Vorwand für ein Verbot der Plattform aus anderen Gründen anführt. Verschiedene Schlagzeilen deuten auf die Besorgnis von US-Beamten hin, dass junge Menschen über die TikTok-App einer anderen Sichtweise auf die Geopolitik des Nahen Ostens und die US-Außenpolitik ausgesetzt sind. In einer Schlagzeile im Rolling Stone vom 6. Mai dieses Jahres heißt es: *Gesetzgeber geben zu: Sie wollen TikTok wegen pro-palästinensischer Inhalte sperren.* Eine ähnliche Schlagzeile in Al Jazeera lautet: *TikTok wird wegen angeblicher anti-israelischer Indoktrination mit einem Verbot konfrontiert. US-Gesetzgeber erneuern Forderungen nach Einschränkung der App angesichts der Angst vor wachsenden pro-palästinensischen Ansichten unter jungen Menschen.* Es sei auch daran erinnert, dass das neue Gesetz, das ByteDance zum Verkauf von TikTok oder zu einem Verbot verpflichtet, im April dieses Jahres im Kongress eingeführt und schnell verabschiedet wurde. Etwa zur gleichen Zeit protestierten Universitätsstudenten in den gesamten Vereinigten Staaten gegen den Krieg Israels in Gaza. Das US-Berufungsgericht für den D.C. Circuit wird voraussichtlich im Dezember seine Entscheidung über die Klage zur Veräußerung von TikTok bekannt geben. Beide Seiten haben die Möglichkeit, gegen das Urteil vor dem Obersten Gerichtshof Berufung einzulegen.

Und damit endet Teil eins dieser zweiteiligen Serie über den Stand der Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und das freie Internet. In Teil zwei werden wir die breiteren Trends im Zusammenhang mit diesen Themen mit Schwerpunkt auf den Vereinigten Staaten und der EU diskutieren. Abonnieren Sie also unbedingt die YouTube- und Rumble-Kanäle von acTVism Munich, damit Sie diesen Bericht nicht verpassen. Und wenn Ihnen dieses Video gefallen hat, spenden Sie bitte, damit wir Sie weiterhin über diese sich entwickelnden Themen auf dem Laufenden halten können. Ich bin Journalistin Taylor Hudak und möchte mich bei Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit bedanken. Bis zu meinem nächsten Bericht.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO: Kontoinhaber: acTVism München e.V. Bank: GLS Bank IBAN: DE89430609678224073600 BIC: GENODEM1GLS	PAYPAL: E-Mail: PayPal@acTVism.org	PATREON: https://www.patreon.com/acTVism	BETTERPLACE: Link: Klicken Sie hier
---	--	--	---

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org

Thank you for reading this transcript. Please don't forget to donate to support our independent and non-profit journalism:

BANKKONTO: Kontoinhaber: acTVism München e.V. Bank: GLS Bank IBAN: DE89430609678224073600 BIC: GENODEM1GLS	PAYPAL: E-Mail: PayPal@acTVism.org	PATREON: https://www.patreon.com/acTVism	BETTERPLACE: Link: Click here
---	--	--	---

The acTVism Munich e.V. association is a non-profit organization with legal capacity. The association pursues exclusively and directly non-profit and charitable purposes. Donations from Germany are tax-deductible. If you require a donation receipt, please send us an e-mail to: info@acTVism.org